



Das Reichsbanner

November 1967 / Nr. 10/11 / 11. Jahrgang

Organ des Reichsbanners Schwarz - Rot - Gold
und des Freiheitsbundes e. V. Berlin

BUND AKTIVER DEMOKRATEN

Koordination

Es war ein langer, mühevoller Weg seit der Gründung des Freiheitsbundes Berlin im Jahre 1951, Freunde in den anderen Ländern der Bundesrepublik zu suchen, die gleich uns der Auffassung waren, daß es notwendig sei, den sich hier und da zeigenden Ansätzen und Zusammenschlüssen antidemokratischer Kräfte ein organisatorisches „Halt!“ entgegenzusetzen.

Es ist in der Historie nicht wichtig, wer die ersten waren, die eine solche Zweckmäßigkeit erkannten. Viel wichtiger war es, das Fundament der jungen Bundesrepublik, nämlich den Erhalt der Freiheit des einzelnen und der Gesamtheit des Volkes, mit garantieren zu helfen.

Ehemalige Kameraden des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ erkannten es überall dort, wo sich die ewig Gestrigen wieder glauben rühren zu können. Im Raum Weser-Ems, Hamburg und Hannover kam die Verbindung im Jahre 1959 zustande.

Begegnungen mit den Kameraden des wiedergegründeten „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ trugen zu gemeinsamen Tagungen und zu Gedankenaustauschen bei.

Was aber bedeutet es, wenn immer nur ein Teil der Kameraden Verbindung halten kann? Das zwang uns bereits bei der Gründung des Freiheitsbundes, erst einmal die Kameraden über den Weg des hektographierten Mitteilungsblattes an den Geschehnissen teilnehmen zu lassen.

Im Jahre 1956 bekam unser Mitteilungsblatt einen Namen, der unserer Aufgabe gerecht werden sollte. Die „Freiheitsfackel“ wurde geboren.

Sie hat unsere Organisation als sporadisch erscheinend und seit dem Jahre 1958 im Buchdruckverfahren herauskommend, als treuer Wegkamerad begleitet.

Es gab, wie bei jeder Sache, das Für und Wider über die Form, aber auch am Inhalt wurde kritisiert. Kritik ist das Salz der Demokratie und erhält sie.

Der Landesausschuß hat sich mehr als nur einmal darüber unterhalten, wie unser im Din-A-5-Format erscheinendes Blatt attraktiver gestaltet werden könnte. Auch die für einige Zeit

als für den Freiheitsbund und das Reichsbanner gemeinsam herausgegebene Publikation konnte schon durch den unterschiedlichen Organisationsnamen nicht für die Kameraden in Westdeutschland gelten.

Auch den für Berlin geltenden Organisationsnamen „Freiheitsbund“ in „Reichsbanner“ umzubenennen, stehen z. Z. noch schier unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Trotzdem sollte der Name immer nur eine Randerscheinung sein. Das Gemeinsame im Kampf ist entscheidend!

Im Laufe der Zeit hat sich in mehreren ehemaligen Gauen und Ortsvereinen das Reichsbanner wieder gegründet, trotzdem die Frage der Rechtsnachfolge leider immer noch nicht entschieden ist, weil — wie mir scheint — die Restitution und Entschädigung dabei eine entscheidende Rolle spielen. Mancher, der nicht so klar wie wir zum demokratischen Staat stand und steht, ist bei der Entschädigung längst bedacht worden. Das Materielle darf für einen Idealisten nicht das Primäre sein, aber solange durch die Spaltung Deutschlands dem organisatorischen Zusammenschluß unter unserem alten Namen z. Z. noch große Schwierigkeiten entgegenstehen, sind wir der Meinung, daß ein gemeinsames Publikationsorgan für alle Kameraden in allen Teilen des freien Deutschlands der Sache dienlicher ist, als mehrere kleinere Zeitungen. Darum werden wir auch für Berlin das im Din-A-4-Format erscheinende „Reichsbanner“ an Stelle der bisherigen „Freiheitsfackel“ bestellen.

Der Landesvorstand und der Landesausschuß bitten dabei alle unsere Kameraden um Mitarbeit und um zum Druck zu verwendende Beiträge. Auf der Ebene der Publizistik haben wir uns koordiniert. Wünschen wir weiter, daß es auch in absehbarer Zeit zu einer unter dem alten Namen tätig sein können-Organisation kommt.

Einzeln sind wir wenig — vereint aber viel!

Freiheit!

Für den Landesvorstand Berlin
Franz Meyer

Reichsbanner-Bundessitzung in Hamburg-Bergedorf

Bewährung und Fortschritt

Von August Kerger

Im Februar dieses Jahres gaben die Kameraden der Bundeszentrale und aus den Ortsvereinen und Stützpunkten des Reichsbanners, die in Hannover zusammenkamen, der Hoffnung Ausdruck, daß bei der nächsten Konferenz eine weitere Ausdehnung der Reichsbannerarbeit im Bundesgebiet festgestellt werden möge. Als sich am 21. Oktober der gleiche Kameradenkreis im Gewerkschaftshaus in Hamburg-Bergedorf erneut zu einer Bundessitzung traf, hatte sich die Teilnehmerzahl fast verdoppelt und auch der äußere Rahmen der gut vorbereiteten Veranstaltung ließ erkennen, daß sich der Bund immer mehr konsolidiert. Der alte Geist der Kameradschaft und Solidarität war auch hier zu spüren, die Hamburger Kameraden hatten sich in rührender Fürsorge ihrer Gäste angenommen, wofür

ihnen besonders gedankt sei. Unter der Leitung des Kameraden Peter Schneider, Hannover, der im Namen der Bundeszentrale die Delegierten, unter ihnen viele neue Gesichter, und die Berliner Kameraden begrüßte, wurde eine umfangreiche Tagesordnung zügig abgewickelt.

Kamerad Dieter Westermann von der Bremer Bundeszentrale gab zuerst einen Bericht über die Tätigkeit und den Wiederaufbau des Reichsbanners in der Berichtszeit und konnte einen sichtlichen Fortschritt feststellen, so z. B. den Aufbau des Landesverbandes Hessen mit seinen schon zahlreichen Ortsvereinen unter der rührigen Leitung des LV-Vorsitzenden Kameraden Christian Weiß, der leider wegen einer Erkrankung an der Tagung nicht teilnehmen konnte; die Versammlung sandte

ihm die herzlichsten Genesungswünsche. Aber auch im übrigen Bundesgebiet, im nordrheinwestfälischen und süddeutschen Raum, nehmen die Bemühungen, neue Ortsvereine des Reichsbanners ins Leben zu rufen, feste Formen an. Jedoch besteht noch kein Anlaß zu überschwinglicher Freude über das bisher Geleistete. Die Anstrengungen, die wegen des Wiederauflebens alter Ortsvereine oder wegen der Neugründung von Ortsvereinen gemacht werden, sind harte Kärnerarbeit und oft ein Kampf gegen Unverständnis und manchmal auch gegen unfairen Widerstand von Leuten, die ein Teilnehmer launig „politische Schlafmützen“ nannte. Das Verhältnis zum befreundeten Freiheitsbund in Berlin, einer ähnlichen Organisation wie das Reichsbanner, jedoch mit einer bestimmten politischen Grundhaltung und in einer besonderen Lage, schilderte Kamerad Westermann eingehend. Die freimütige Diskussion zu dieser Frage — eine Delegation des Freiheitsbundes unter der Führung des Kameraden Meyer war wieder anwesend — läßt noch engere Kontakte mit diesen Kameraden erhoffen.

Einen großen Umfang hat die Auslandskorrespondenz der Bundeszentrale angenommen. Damit ist verbunden ein verstärkter Kontakt mit den Kameraden im Ausland, insbesondere in den Vereinigten Staaten, die sich ihre alte Anhänglichkeit an das Reichsbanner bewahrt haben und in ihrer Weise unsere Arbeit unterstützen. Die Reichsbannerzeitung hat sich bisher gut entwickelt. Ich überschreite meine Chronistenpflicht nicht, wenn ich hier die besonderen Verdienste des Kameraden Dieter Westermann und seiner Bremer Kameraden um die Möglichkeit, die Zeitung überhaupt erscheinen zu lassen, ausdrücklich herausstelle. Vielleicht besinnen sich unsere Ortsvereine und die Einzelmitglieder noch mehr als bisher darauf, die Zeitung regelmäßig in einer größeren Anzahl fest zu bestellen und durch ein finanzielles Opfer über den für die Selbstkosten zu entrichtenden Obulus hinaus, das ständige Erscheinen und den Ausbau einer uns schon lieb gewordenen Zeitung zu sichern. Bedenkt, sie ist zur Zeit unser einziges Werbemittel!

An die Ausführungen des Kameraden Westermann, dem für seine Tätigkeit herzlich gedankt wurde, schloß sich ein Vortrag des Kameraden August Kerger aus Bonn, Mitglied der Bundeszentrale, über das Thema an: „Tradition und neues Beginnen, Versuch einer Zielsetzung und Aufgabenstellung für das Reichsbanner heute“. Der Text des Vortrags, den wir heute aus Platzmangel auch nicht auszugsweise wiedergeben können, lag allen Teilnehmern in einer Zusammenfassung schriftlich vor. Einige Kameraden wollen ihn als Grundlage für die Werbung,

für ein Werbeflugblatt, oder zur Diskussion im Ortsverein verwenden.

Gegen Mittag wurde die Konferenz unterbrochen und einem spontan aus der Mitte der Versammlung geäußerten Wunsch entsprochen, mit allen Kameraden das Mahnmahl für die Opfer des Nazismus in Neuingamme zu besuchen. Bei der eindrucksvollen Gedenkstunde sprach für das Reichsbanner Kamerad Kerger und für den Berliner Freiheitsbund Kamerad Meyer. Ein junger Kamerad legte zu Ehren der Opfer ein Blumenangebot am Mahnmahl nieder.

Die Aussprache zu den Berichten des Kameraden Westermann und im Anschluß an den Vortrag des Kameraden Kerger war sehr eingehend und wurde mit Temperament geführt. Erfreulicherweise beteiligten sich auch die jungen Kameraden regelmäßig. Heben wir noch besonders hervor, daß an eine Namensänderung des Bundes nicht gedacht wird und daß die Überparteilichkeit und Unabhängigkeit des Reichsbanners unter allen Umständen gewahrt werden soll. Erfreulich ist auch die Tatsache, daß wir diesesmal neben Kameraden, die der SPD angehören, auch aktive Mitstreiter, die Mitglied der CDU sind, in unseren Reihen begrüßen konnten.

Am Nachmittag beschäftigte sich die Konferenz mit der Vorbereitung der 1. Bundesgeneralversammlung nach 1948. Es wurde beschlossen, sie Mitte Mai nächsten Jahres in Frankfurt a.M. durchzuführen. Sie soll neben der Wahl des Bundesvorstandes eine neue Bundessatzung verabschieden und in einer öffentlichen Veranstaltung, einem „Reichsbannertag“, das Wollen des Reichsbanners einer breiteren Öffentlichkeit näherbringen.

Ferner wurden eine Reihe von weiteren Empfehlungen, die mit der Vorbereitung der Bundesgeneralversammlung zusammenhängen oder unserer Arbeit bis dahin betreffen, verabschiedet. Eine besondere Kommission wird sich jetzt mit der Ausarbeitung eines Satzungsentwurfs beschäftigen.

Die Veranstaltung fand am Abend ihren Abschluß mit Tanz und geselligen Beisammensein, bei dem der Spielmanszug Eimsbüttel mit ausgezeichneten Darbietungen mitwirkte und hier besonders mit unserem alten Bundesmarsch „In Kümmernis und Dunkelheit...“ erfreute.

Wir behalten uns vor, neben dieser nur kurzen Berichterstattung über den Ablauf der Veranstaltung, auf Einzelheiten noch ausführlicher an dieser Stelle oder in sonstwie geeigneter Weise zurückzukommen.

Demokratie am Kreuzweg

von Walter Jansen

Als die sogenannten Nationaldemokraten ihre Wahlerfolge in Hessen und Bayern verbuchen konnten, wurde befürchtet, daraus könne sich eine potentielle Gefahr für die demokratische Staatsform entwickeln. Manche der in der Diskussion darüber von gewissen Kreisen empfohlenen Gegenmaßnahmen, wie z. B. Einführung der Mehrheitswahl anstelle des bestehenden Verhältniswahlrechts, Heraufsetzung der 5-Prozent-Klausel zur Erlangung eines Mandats in den parlamentarischen Vertretungen u. ä. könnten sich jedoch in der Praxis weniger abwehrkräftig gegen die von der neo-nazistischen Partei geförderten Tendenzen, sondern vielmehr als eine Roßkur für die Demokratie erweisen. Mit dem Ergebnis: Operation gelungen — Patient verstorben! Die Tragödie der Weimarer Republik sollte ein warnendes Beispiel sein. Man kann einwenden, Bonn sei nicht Weimar; die geschichtliche und gesellschaftliche Konstellation sei heute eine andere als damals. Gewiß ist sie das. Keine arbeitslosen, hungernden Massen im irrefeleiteten Bewußtsein ihres Elends machen heute „die Demokratie“ für ihre Verzweiflung verantwortlich. Wir leben im Wohlstand. Er hat ein anderes Bewußtsein geschaffen. Eines, das nicht Not und Entbehrung zum Inhalt hat, sondern die selbstgefällige Befriedigung künstlich geweckter Bedürfnisse, wie sie nur die Überflußproduktion hervorbringen kann.

Mit diesem „glücklichen Bewußtsein“ geht zumeist ein bemerkenswerter Verlust des politischen Denkens einher. Davon ist auch das Fußvolk der politischen Parteien nicht ausgenommen. Sein politisches Interesse ist in großem Umfange auf den Bereich der kommunalen Angelegenheiten eingeengt. Ob hier eine Straße gebaut, dort eine Schule oder ein Kinderheim errichtet werden soll, scheint oft wichtiger zu sein, als zu den drohenden Notstandsgesetzen Stellung zu nehmen oder sich mit den von den Großmächten gesteuerten Kleinkriegen und der ihnen inhärenten barbarischen Kriegsführung kritisch auseinanderzusetzen (um nur einige Erscheinungen unserer Überflußgesellschaft zu nennen). Das wiegt um so schwerer, als die

meisten Berufspolitiker die allumfassende politische Konzeption der Demokratie zugunsten eines verhängnisvollen Ressortdenkens aufgegeben haben. Die Verwaltungstaktik engt allenthalben die kühne Initiative der demokratischen Strategie ein. Man verstehe mich nicht falsch. Selbstverständlich sind Straßen, Schulen und Kinderheime wichtig. Aber Notstandsgesetz und an Zahl zunehmende und sich ausweitende „begrenzte bewaffnete Konflikte“ können auch die Benutzung und den Bestand von kommunalen Einrichtungen in Frage stellen, die „an sich“ mit neokolonialistischen Gewalttaten und autoritären Notstandsregelungen nichts zu tun haben.

Was also für eine lebendige Demokratie erforderlich ist, die mehr sein muß als ein Katalysator für einen perfektionierten Verwaltungsapparat (zu dem zu werden sie in zunehmendem Maße präpariert zu werden erscheint!), ist die unausgesetzte Ausbildung, Pflege und Vervollkommnung des kritischen Denkens. Es genügt nicht, von den der Konzentration immer mehr unterworfenen Massenkommunikationsmitteln (Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen) vermittelte Informationen nur zur Kenntnis zu nehmen, sie allenfalls von den Experten interpretieren zu lassen und aus deren hohenpriesterlichen Ratschlüssen die suggerierten Schlußfolgerungen zu ziehen. Die Demokratie ist weder eine Kirche, noch eine Behörde, und die Ereignisse und Erscheinungen im politischen Raum sind weder religiöse Offenbarungen noch kommerzielle oder fiskalische Gewinn- und Verlustrechnungen. In dem Maße, in dem die kritische Betrachtungsweise sich durchsetzt und an Stärke gewinnt, wird die Demokratie gefestigt und inhaltlich werden, d. h. mehr sein als eine konstitutionelle Form.

Um dies zu erreichen, sind allerdings zahlreiche Änderungen in der traditionellen Praxis der politischen Bewußtseinsbildung erforderlich. Viele, heute noch als unumstößlich geltende Tabus müßten verschwinden. Die Politiker müßten es sich abgewöhnen, Gedankenvorbehalte zu machen, wenn sie ihre Kon-

zeptionen entwickeln. Diese selbst müßten Gegenstand der allgemeinen, uneingeschränkten Diskussion werden. Der Diskussion — nicht lediglich der referierenden Darstellung!

Wahl- und andere „Kundgebungen“, Forum-, Rundfunk- und Fernsehgespräche erfüllen diesen Zweck nicht; sie sind einseitige Willenserklärungen, die sich der dialektischen Erörterung durch die Öffentlichkeit weitgehend entziehen. Abzulehnen ist auch jede Form der offiziellen „Sprachregelung“ (ein Erbe der Nazi-Vergangenheit!), wie sie „Zone“ für DDR oder ostdeutsche Republik „freie Welt“ für die Gesamtheit der nicht dem „kommunistischen“ Block angehörenden Länder (mit Einschluß solcher Diktaturstaaten wie Spanien, Portugal, Griechenland usw.), „staatstragend“ (d. h. eine übergeordnete Funktion be-

inhaltend), „Vorwärtsverteidigung“ für Angriff, „atomare Verteidigung“ für Selbstvernichtung, „Ruhestörer“ und „staatsfeindliche Elemente“ für Demonstranten u. ä. Bezeichnungen darstellen. Sie sind tendenziös und verfälschen die wahre Bedeutung der Aussagen.

Die Dinge beim Namen nennen. Darauf kommt es an. Damit beginnt das für den Bestand einer lebendigen Demokratie so unentbehrliche kritische Denken. Wenn wir uns angewöhnen, es zu unserem Prinzip zu erheben, beschreiten wir einen Weg, der mit unausweichlicher Logik zu ihrer Sicherung beitragen wird. Unterlassen wir es, ihn einzuschlagen, dürfen wir uns nicht über den weiteren Verlust der demokratischen Substanz wundern.

Gruppe „Karl Heinrich“ Spandau

Im Herzen der Havelstadt flutet der Verkehr aus den Richtungen Juliusturm resp. Rathaus kommend über die Karl-Heinrich-Brücke. Das Bezirksamt Spandau von Berlin gab der vor



Gedenkstein Karl Heinrich

aus der Nazizeit, Widerständler und pensionierte Polizeibeamte, in ein nahegelegenes Lokal, woselbst der Leiter der früheren Widerstandsgruppe RGH 33, Kamerad Richard Schlichting, einen Kurzvortrag hielt über Leben, Wirken und Leiden des Mannes, der jetzt 77 Jahre alt geworden wäre, hätten Intriganten ihn nicht zu Fall gebracht.

Interessant war die Ansicht der Teilnehmer, in gewissen Abläufen zusammenzukommen, jedoch ohne jegliche Vereinsmeierei. Auch aus dem Untergrund können Lehren gezogen

einigen Jahren erbauten Brücke diesen Namen und setzte in den anschließenden Grünanlagen einen Gedenkstein. Ohne viel Aufhebens und kultischer Hektik versammelten sich dort vom Inferno verschonte alte Kameraden des Polizeimajors der Weimarer Zeit und ersten Berliner Polizeikommandeurs nach dem Kriege am Sonntag, dem 24. 9. 1967, um 10 Uhr und legten einen Kranz mit Schleife und Aufdruck Reichsbanner

Schwarz-Rot-Gold Gruppe Spandau nieder. Worte des Gedenkens fand Kamerad Willi Franz. Anschließend begaben sich die Teilnehmer, KZ-Leidensgenossen

werden. Uns genügt zur Zeit eine offizielle, wenn auch kleine Gruppe, die vereinsrechtlich gesehen aktiv firmiert im Reichsbanner.

Berlin ist nicht majoren. Es gleicht vier Waisenkindern, deren Vormünder sich um deren Erbteil streiten, wobei, nachdem der heiße Krieg in einen kalten umschlug, die Bevölkerung in den getrennten Teilen Berlins Federn ließ.

Die Kaltschnäuzigkeit der Berliner ist oft genug unter Beweis gestellt worden und von einem feigen Dahindämmern dürfte wohl auch kaum die Rede sein. Die politische Vertretung überlassen wir den Parteien. Wir dagegen werden uns vorerst darauf beschränken, Reichsbannertradition zu pflegen, auf die Einhaltung demokratischer Spielregeln zu achten und, wie bereits neuzeitig bewiesen, rechtzeitig und mit Erfolg den Kamerajäger zu spielen.

Richard Schlichting, Berlin-Haselh.

Aus den Ortsvereinen

München

Wegen Wiederaufleben der Mitgliedschaft wenden sich alle ehem. Kameraden an Heinz Göhler, (8) München 49, Berner Straße 31.

Freiheitsbund e. V. Berlin

Berliner Kameraden, die für die Zeitung Beiträge schreiben wollen, senden diese der Einfachheit halber an die Berliner Adresse des Freiheitsbund e. V., Berlin 31, Fechnerstraße 17.

Bremen

Der Ortsverein Bremen hält am Sonnabend, 9. Dezember, eine Mitgliederversammlung ab, an der auch unser Jugendbund teilnehmen muß. Thema: Bericht über die Bundessitzung und Vorbereitung des Reichsbannertreffens in Frankfurt a. M. Zeitpunkt und Ort wird schriftlich bekanntgegeben.



Wenn es sich um Geld dreht

Bank für Gemeinwirtschaft

Niederlassungen im gesamten Bundesgebiet und in Westberlin

Jugendbund

Jeden Mittwoch Unterhaltungsabend im Jugendheim Geschwo-
renenweg, Neustadt. Beginn 19.30 Uhr. Freunde sind herzlichst
eingeladen.

Stadtkreis Osterholz

Mitgliederversammlung am Sonnabend, 18. November, 16 Uhr,
bei Weidenhöfer, Osterholzer Landstraße. Anschrift des Stadt-
kreisleiters: Heinrich Meißner, (28) Bremen-Osterholz, Scheve-
moorer Landstraße 179 e.

Bremen-Nord

Am Sonnabend, 2. Dezember, Mitgliederversammlung in Aumund.
Thema: Bericht über die Bundessitzung und Vorbereitung des
Reichsbannertreffens in Frankfurt a. M. Kamerad Westermann,
Leiter der Bundeszentrale, wird anwesend sein und den Be-
richt geben.

Schriftliche Einladungen mit Zeitpunkt und Ort der Versamm-
lung erfolgen noch.

Kamerad, hast auch du schon ein neues Mitglied geworben?

Verden

Aus Anlaß des 10jährigen Wiederbestehens unseres Ortsvereins
werden wir am Sonnabend, 11. November, in der Gaststätte
„Schwarzer Bär“, Bremer Straße 20, eine kleine Feier abhalten,
an der auch Bremer Kameraden teilnehmen. Kamerad Fritz
Theurich, Bremen, wird für musikalische Unterhaltung sorgen.

Hannover

Monatsversammlung am Sonntag, 3. Dezember, 10 Uhr, in der
Gaststätte Sprengel, Ecke Kniestraße/Schneiderberg.

Bonn-Stadt und -Land

Zu unserer nächsten Mitgliederversammlung, deren Termin
beim Erscheinen dieser Zeitung noch nicht feststand, wird
rechtzeitig schriftlich eingeladen.

Siegkreis

Zu der geplanten Zusammenkunft der ermittelten Kameraden
aus dem Siebkreis wird schriftlich rechtzeitig eingeladen.

Frankfurt

Auch in diesem Jahre gedenken wir am 19. November 1967
(Volkstrauertag) vormittags 9.45 Uhr auf dem Hauptfriedhof
unserer von den Nazis ermordeten Kameraden Koch und
Schmidt. Nach Kranzniederlegungen auf dem Gräberfeld der
Opfer des Nationalsozialismus wird die Stadt Frankfurt durch
Oberbürgermeister Prof. Dr. Willi Brundert sowie unser Orts-
verein Kränze auf der Ruhestätte unserer beiden Kameraden
niederlegen. Kamerad Stadtverordnetenvorsteher Heinrich
Kraft wird eine kurze Ansprache halten. Der Volkschor „Union“
wird die Feier mit Chören umrahmen.

Treffpunkt der Kameraden 9.30 Uhr am Haupteingang.

Darmstadt-Stadt und -Land

In der am 19. September 1967 stattgefundenen Mitgliederver-
sammlung wurden folgende Kameraden in den Vorstand
gewählt:

- | | |
|-----------------|--------------------------------|
| 1. Vorsitzender | Wilhelm Scheidweiler |
| 2. Vorsitzender | Karl Schomburg |
| Schriftführer | Kurt Grünbauer |
| Kassierer | Willi Eid |
| Beisitzer | Stadtrat Heinz-Winfried Sabais |
| „ | Stv. Willi Franz |
| „ | Dr. Artur Bratu |
| „ | Willi Müller |

Die Versammlung beschloß, den Ehrenvorsitz unserem Kame-
raden Oberbürgermeister Dr. Ludwig Engel anzutragen.

Kamerad Stadtrat Sabais hielt einen Vortrag über das Thema:
„Das Reichsbanner damals und heute“. Darüber schrieb das
Darmstädter Echo. Die Versammlung delegierte die Kame-
raden Scheidweiler, Eid und Becker zu der Sitzung der Bundes-
zentrale am 21. Oktober 1967 in Hamburg.

Offenbach-Stadt und -Land

Unser Ortsverein hielt am 28. September 1967 eine gut besuchte
Mitgliederversammlung ab.

Kamerad Weiß vom Landesvorstand sprach über die Tages-
ordnung der am 21. Oktober 1967 in Hamburg stattfindenden
Sitzung der Bundeszentrale. Die Versammlung delegierte die
Kameraden Josef Hemmerle und Robert Becker zu dieser
Tagung.

Außerdem wurde beschlossen, die Stadtverwaltung zu ersuchen,
die Ruhestätte des von den Nazis erschossenen Kameraden
Christian Pleß in ihre Obhut zu übernehmen.

Auch wurden die Kameraden gebeten, am 19. November 1967
(Volkstrauertag) zu der Kranzniederlegung am Grabe unseres
Kameraden vollzählig zu erscheinen. Die Uhrzeit wird durch
Rundschreiben sowie in der Presse bekanntgegeben, da sich
diese nach der städtischen Veranstaltung richtet.

Freiheitsbund e. V. Berlin

Nachruf

Der Landesverband und der Bezirk Tempelhof haben
einen schmerzlichen Verlust zu beklagen. Unser lang-
jähriger Kamerad und Funktionär

Bernhard Rost

ist am 6. August d. J. im Alter von 49 Jahren nach einem
schweren Krankenlager verstorben.
Seine Aktivität war uns ein Vorbild. Sein Andenken wer-
den wir in Ehren halten.

Der Landesvorstand

REICHSBANNERTREFFEN

Mai 1968

in Frankfurt/Main

Mitteilungen der Bundeszentrale

Vollmacht

Kamerad Heinz Göhler, (8) München 49, Berner Straße 31, ist
vorläufig bevollmächtigt, alle Interessen des Bundes im Lande
Bayern wahrzunehmen.

Dies bezieht sich insbesondere auf das Wiederaufleben alter
Mitgliedschaften und Organisationsgliederungen, sowie auf Neu-
aufnahmen und Neugründungen. Durch diese Vollmacht kann
der Genannte weder finanzielle Verbindlichkeiten für das
Reichsbanner eingehen, noch mit solchen Verbindlichkeiten be-
lastet werden.

Kamerad Göhler vertritt die Interessen des Bundes auch, so-
weit sie durch Verbindungen und Verhandlungen mit Behör-
den, politischen Parteien und Verbänden usw. entstehen und
sich sonstwie aus den satzungsgemäßen Bestimmungen er-
geben.

Hinweis: Erscheinungstag der nächsten Ausgaben unserer
Schrift: 5. Dezember und 15. Januar

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundeszentrale,
28 Bremen, Plettenberger Weg 18, Telefon 44 07 33

PSchA Hamburg, Konto Nr. 1856 10

Verantwortlich:

Dietrich Westermann, 28 Bremen, Plettenberger Weg 18
Druck: Henry Schween, 28 Bremen, Buntentorsteinweg 95.